

Besserstellung der Stellvertreter unnötig

«Lehrpersonenmangel – Schulleitungen im Stress», BILDUNG SCHWEIZ 3/2009

Seit drei Jahren mache ich Stellvertretungen nur in der Gemeinde Wetzikon ZH und gebe dabei während eines Jahres etwa halb so viele Lektionen wie eine zu 100% fest angestellte Lehrperson. Dabei bin ich jeweils eine bis drei Wochen in der gleichen Klasse. Damit bin ich wohl in der im Zitat von Christian Fricker zur Schaffung eines Stellvertreter-Pools («Stellvertreter sollten mehr verdienen als permanent angestellte Lehrpersonen») geschilderten Situation. Natürlich verdiene ich viel weniger als eine Klassenlehrperson (als Vikarin habe ich keinen Stufenanstieg und erhalte trotz bald 20 Jahren Berufserfahrung gleich viel Lohn wie ein Studienabgänger, der Vertretungen macht). Ich kann mich aber ganz aufs Kerngeschäft konzentrieren; es entfallen Administratives, Teamsitzungen, Kommissionssitzungen, Ämter (wie Materialbeschaffung oder Schulbibliothek), Gespräche mit dem Schulpsychologen, Elterngespräche, obligatorische Weiterbildungen. Nach meiner Erfahrung nimmt das Kerngeschäft (inklusive Vor- und Nachbereitung der Lektionen!) etwa $\frac{2}{3}$, die übrigen Arbeiten etwa $\frac{1}{3}$ der Arbeitszeit in Anspruch.

Ich arbeite als Stellvertreterin also auch an einer 100%-Stelle etwa $\frac{2}{3}$ so viel wie eine fest angestellte Lehrperson und habe ausserdem keine Verantwortung für eine Klasse. Mit dem Vorschlag von Ch. Fricker, Stellvertretende besser zu entlohnen als Festangestellte, bin ich deshalb ganz und gar nicht einverstanden. Wenn hingegen der Lohn für alle Lehrkräfte erhöht würde, hätte ich sicher nichts dagegen!

Irene Kupper, Wetzikon

Imagefördernd

Folgende Punkte betrachte ich nach meiner langjährigen Unterrichtszeit an Sekundar- und Bezirksschule (ZH und AG) als imagefördernd:

- Klassenreduktion auf max. 20 Schüler/innen
- Klassenlehrertätigkeit und «Ämtchen» entlohnen
- Reform-Übereifer normalisieren
- Lehrkräfte mit möglichst wenig administrativem Ballast überhäufen
- Klassen parallel führen (spart Unterrichtsvorbereitungszeit)
- allg.: Bedingungen schaffen, welche es der Lehrperson ermöglichen, sich auf den Unterricht zu konzentrieren

– keine Niveau-Klassen, sondern das alte A,B,C-System oder Bez-System

Rita Mueller, Berikon AG

Zu hohe Belastungen

Die Schulleitungen im Kanton Zürich sind im Stress, weil sie keine Lehrpersonen finden. Da kann doch etwas mit den Ausbildungen oder den Arbeitsbedingungen nicht stimmen. Im Jahre 2001–2002 war ebenfalls Personal-mangel im Kanton Zürich, so dass Lehrpersonen aus anderen Kantonen rekrutiert wurden. Kurze Zeit später wurden sie wieder zurückgeschickt, oder es wurde von ihnen erwartet, dass sie eine vierjährige berufsbegleitete Ausbildung an der PHZH absolvieren. Ihre «Allrounder-Diplome» für die Realschule, die sie in anderen Kantonen abgeschlossen haben, werden teilweise noch heute nicht anerkannt. Einerseits wollen wir bei Europa mitmachen und andererseits schaffen wir es nicht, kantonsübergreifend die Abschlüsse zu akzeptieren.

Ein weiteres Problem liegt bei den Ausbildungen an der Pädagogischen Hochschule. Die Studentinnen und Studenten werden zumindest in den Sprachen so gut ausgebildet, dass sie bestens gerüstet sind, um in der Wirtschaft einzusteigen. Hingegen können sich einige nicht vorstellen 100% im Lehrerberuf zu arbeiten, weil sie nicht wissen, ob sie den Anforderungen genügen werden.

Auf die Berufseinsteigerinnen und -einsteiger wartet eine Herausforderung. Zum einen werden sie durch eine neue Klasse gefordert. Zum anderen müssen sie mit der Ausbildung an der pädagogischen Hochschule am Mittwochnachmittag oder Samstagmorgen weitermachen, weil sie noch nicht alle Fächer abgeschlossen haben. Dies ist ein Stress für die Betroffenen. Langjährige Mitarbeiterinnen werden dazu verpflichtet, berufsbegleitende Ausbildungsgänge wie das Englisch oder das neue Fach Religion und Kulturen zu absolvieren. Neben einem 100%-Pensum ist dies eine enorme zeitliche Belastung. Weiter wurden Handarbeitslehrpersonen vor noch nicht allzu langer Zeit teilentlassen oder es wurde ihnen eine berufsbegleitende Nachqualifikation über 3–4 Jahre angeboten. Einige haben sich unterdessen beruflich anders orientiert. Dazu wurde die Ausbildung aufgehoben und an die PH verlegt. In gut einem Jahr wird in diesem Fachbereich wieder Personal gesucht, weil Stunden wieder eingeführt werden. Die Bildungspolitik muss sich ernsthaft Gedanken ma-

chen, wie sie geeignete Leute für den Beruf ausbildet und wie sie die Arbeitsbedingungen attraktiver macht, damit die Lehrpersonen bleiben.

S.K. (Name der Redaktion bekannt)

Auf dem Holzweg

«HarmoS: EDK setzt auf Harmonie», BILDUNG SCHWEIZ 3/2009

HarmoS, die umstrittene Bildungsvorlage, wird den Kindern, Eltern und uns Lehrpersonen nicht gerecht. Sie kommt «von oben», das heisst: Ein Kreis von Bildungspolitikern (die Erziehungsdirektoren-Konferenz EDK) hat sie sich ausgedacht. Die allermeisten unter ihnen stehen dem Schulalltag fern. Eltern und Lehrerschaft wurden in die Beratungen kaum einbezogen. So wird hierzulande seit Jahrzehnten Schulreform praktiziert. Und was hat sie uns beschert, diese nicht enden wollende «Reformitis»: Ein über weite Strecken konzept- und damit heilloses Flickwerk.

Da haben andere Länder Europas ihr Bildungswesen längst umgekrempelt, indem sie den einzelnen Schulen mehr Selbstverantwortung übertragen haben. Und siehe da: Sie alle rangieren bei PISA ganz oben. Warum überlassen wir hierzulande die Gestaltungsfragen der Schule nicht vermehrt den dafür einzig zuständigen Lehrpersonen?

Was hätte eine derartige Liberalisierung des Bildungswesens zur Folge: Die Anzahl guter Schulen nähme zu, denn welche Lehrperson ist nicht daran interessiert, sich aktiv an der Gestaltung einer profilierten Schule zu engagieren? Wo Lehrpersonen in verbindlicher Zusammenarbeit mit den Eltern «Schule machen», entstehen mehrheitlich gute Schulen unterschiedlicher Prägung. Die Einheitsschule, eine Art «pädagogische Monokultur», kann den heterogenen Erwartungen heutiger Eltern ohnehin nicht mehr genügen. Schlechte Schulen bleiben auf der Strecke, d.h. es gehen ihnen die Schüler aus oder sie eifern den guten nach.

Was ansteht: Eine klare «Gewaltentrennung». Die Zuständigkeit von Staat und Gemeinden muss sich auf die Gewährleistung der Rahmenbedingungen für das äussere Funktionieren der Schulen beschränken. Für den inneren Gehalt der Schule, für ihre pädagogische Substanz und Ausrichtung, läge dann aber die Verantwortung ganz auf Seiten der Lehrpersonen.

Daniel Wirz, Oberwil ZG